

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 3

Artikel: Zur Integration verurteilt!
Autor: Strahm, Rudolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339697>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Griff nach den Sternen, und jede Hoffnung zu zerstören. Eigentlich müssten gerade wir es sein, die die Partei, die an uns zweifelt und hie und da fast verzweifelt, wir müssten diese Partei zu hegen und zu pflegen versuchen. Gerade wir, die man doch noch sehr oft als Vorbilder betrachtet, dürfen nicht resignieren. Es darf uns wirklich nicht «wurst» sein, was mit dieser Partei geschieht.

Wir sollten nicht aus unserem pragmatischen Denken heraus eine Partei von Pragmatikern machen wollen. Sonst müssten wir uns nicht verwundern, wenn immer mehr

junge Sozialdemokraten die Regierungsbeteiligung als etwas Schlechtes, etwas Hemmendes halten, für etwas, das der Partei schadet. Die Regierungsbeteiligung ist aus unserer Partei heraus gewachsen. Wir sollten nun nicht so arbeiten, als gäbe es nur Regierungsmitglieder, die so nebenbei auch noch eine Partei haben müssen. Das kann nicht gut gehen. *Wir müssen mitarbeiten.* Bei allen Erschwernissen, denen wir dabei begegnen, können wir nicht erwarten, dass die Partei uns versteht, wenn wir nicht einmal versuchen, uns wie geduldige Lehrer immer

wieder verständlich zu machen. Und darüber hinaus sind wir ja alle Demokraten. Wir wissen, dass die demokratischen Spielregeln auch die Opposition nötig haben. Vor Opposition muss man nicht Angst haben oder sie gar verurteilen. Sie gehört genauso dazu, wie jene, gegen die Opposition gemacht wird oder gemacht werden muss. Demokratie ist halt wirklich eine schwierige Staatsform, besonders für alle jene, die sich an Widerspruch nicht mehr so recht gewöhnen können, weil sie auf einem Thron hocken und fast nur von Ja-Sagern umgeben sind.

Rudolf Strahm

Zur Integration verurteilt!

Der Diskussionsbeitrag von SP-Zentralsekretär Rudolf Strahm konzentriert sich auf die Frage nach den Hintergründen der Konflikte in der SP. Er will zum Verständnis beitragen für das, was die Konfliktmechanik am Laufen hält. Es ist ein Versuch einer Verständnishilfe und keineswegs eine objektive Analyse.

«Warum ist dieser ganze parteiinterne Streit jetzt über uns hereingebrochen?» fragte kürzlich einer an einer SPS-

Geschäftsleitungssitzung.

«Die Sozialdemokratische Partei ist in einem desolaten Zustand» bemerkte andernorts ein Regierungsmitglied. Die innerparteilichen Brandherde von Zürich, Basel, Tessin und anderswo beunruhigen und verunsichern viele. Die bürgerliche und liberale Presse tut alles, um die Konflikte der sozialdemokratischen Parteien im In- und Ausland auszuschlachten und unterschwellig ihr Wunschbild einer Parteispaltung einfließen zu lassen. Man darf nicht vergessen, dass sie alleweil die Konfliktaustragungsfähigkeit und die Integra-

tionskapazität der SP unterschätzt hat.

Wer ist «schuld»?

Das Verständnis der Hintergründe der parteiinternen Konflikte ist weitherum armselig. Der Streit wird zu stark personalisiert. «Zornige alte Männer aus dem Stöckli» oder «wildgewordene, realitätsfremde Intellektuelle» sollen, je nach Standort, «schuld» sein an der Konflikteskalation. Natürlich sind es einzelne Exponenten, natürlich ist es das Verhältnis zur Jugendbewegung, natürlich ist es dieser oder jener äussere Anlass, welcher die Kristallisationspunkte der Konflikte liefert. Es sind sicher Auslö-

ser, aber nicht Ursachen der Konflikte!

Es bringt nichts, allein nach den Polarisationsfiguren eines Konfliktes zu fragen. Jeder lokale Konflikt hat seine eigene, mehrmonatige Eskalationsmechanik. Sie zu kennen ist nützlich zum punktuellen Streitschlichten. Aber wer wirklich um eine Konfliktbewältigung bemüht ist, sollte vielmehr nach den Ursachen und Hintergründen suchen.

Überalterte Mitgliedschaft

Eine erste Hauptursache der Polarisierung liegt nicht im Jahr 1980, auch nicht im Jahr 1968, sondern in den fünfziger und sechziger Jahren: Es ist die Eintrittsflaute dieser Nachkriegsjahrzehnte. Die sehr geringe Zahl von Parteieintritten der fünfziger und sechziger Jahre haben zu einer Mitgliederstruktur geführt, die heute bildlich einer Sanduhr ähnlich ist: Die Hälfte der Parteimitglieder ist über 55jährig, ein grosser Teil ist unter 35jährig, und dazwischen ist eine ganze Generation nur sehr dünn vertreten.

Die Ablösung der «Alten» durch Junge ging mancherorts rasch, zu rasch vor sich – musste rasch gehen, weil die «Zwischengeneration» fehlte. Aus dieser «mittleren» Altersgruppe gibt es zu wenig integrierende Figuren und vor allem zu wenig charismatische Persönlichkeiten und politische Köpfe. Sie fehlen nicht ganz – einige kennt jedermann vom Fernsehen –, aber es sind wenige Persönlichkeiten, die wirklich attraktiv wirken und Leitbilder zu vermitteln vermögen. Auch hinter den Gewerkschaftsführern und Regierungsmitgliedern gibt es nur ganz wenige, die wirklich die Arbeiterschaft über die traditionelle Anhängerschaft hinaus zu mobilisieren vermögen. Was diese Mobilisierungsfähigkeit, das Charisma oder die programmatische Stärke betrifft, liefert diese «Zwischengeneration» nur ganz vereinzelt Vorbilder für die Jüngeren.

Es gibt aus dieser mittleren Generation nur ganz wenige, die zum Beispiel die Auseinandersetzung mit dem neokonservativen Irrglauben von «mehr Freiheit» und «weniger Staat» der Neuen Rechten mit einer eigenen sozialdemokratischen Perspektive begegnet sind; ganz zu schweigen von ihrer Unfähigkeit, der Reformismuskritik von ganz links eine eigene, überzeugende Programmatik entgegenzuhalten. Auf der anderen Seite kommt bei den Jüngeren die akademische Verbildung, der intellektuelle Jargon jeder Mobilisierung in breite Schichten hinein in die Quere.

Aus der Überalterung der Partei erklärt sich wenigstens bis 1979 (jüngere Daten bestehen noch nicht) der überwiegende Teil der Abgänge. Dieser *langsame, aber stete*

Rückgang der Gesamtmitgliedzahl der SPS seit 1966 ist auf die Überalterung zurückzuführen und nicht auf Parteiaustritte. Die bürgerliche Presse hat aus unserem sehr selbstkritischen «Konzept für die parteiinterne Bildung» diesen Mitgliederrückgang von etwa 4000 in zehn Jahren zwar sehr publikumswirksam herausgezogen und kolportiert, aber dessen tieferen Ursachen, die Überalterung, nie miterwähnt. Die «NZZ» etwa oder ein Ulrich Kägi, der in der «Weltwoche» fast wöchentlich seine unbewältigte stalinistische Vergangenheit verarbeitet, zeichneten genüsslich das Bild einer schrumpfenden Partei – die schwierige Altersstruktur erwähnen sie mit keinem Wort!

Wenn man in bezug zur heutigen Polarisierung in der Partei schon von Fehlern sprechen will, so sind es nicht Fehlentscheide von heute, sondern es sind die Unterlassungsfehler von gestern, die nachwirken: Die Vernachlässigung der Mitgliederwerbung, das Absterbenlassen der parteiinternen Schulung und des früheren Vertrauensleutenetzes, die Vernachlässigung einer Nachwuchs- und Personalpolitik, das Nicht-Dulden starker jüngerer Persönlichkeiten –, alle diese Unterlassungen von gestern sind auch Hintergründe des angeblich «lamentablen Zustandes» von heute!

Der Bruch im Wertesystem

Eine zweite Hauptursache liegt gar nicht in der Partei selber. Sie liegt im Bruch der gesellschaftspolitischen Werte, der allgegenwärtig ist.

● Da ist einerseits das Wachstums- und Wohlstandsdenken, die Huldigung an die Produktivitätssteigerung, der

Glaube an den Segen des keynesianischen Wohlfahrtsstaates, die Strategie des Wählergewinnens und der demokratischen Machteroberung im Staate – alles verankert im 59er Programm der SPS.

● Da ist andererseits der Überdruß an wirtschaftlichem Materialismus und Wachstum, die Negation der Produktivität und die Hervorhebung der Fehlentwicklungen, die abschreckende Begegnung mit dem Staat als einen Schnüfflerstaat und Freiheitsberauben, das Sehnen nach Freiräumen und autonomer Verwaltung.

Dieser tiefe Bruch im Wertesystem ist bekannt. Es ist nicht verwunderlich, wenn er in der Sozialdemokratie so polarisierend virulent wird. Und es wäre eine Illusion zu meinen, er wäre sehr bald und durch ein paar Gespräche aufzuschmelzen. Die sozialdemokratische Partei unterscheidet sich von anderen Parteien links und rechts dadurch, dass sie diesen existenten Bruch der gesellschaftspolitischen Ziele in sich aufgenommen hat und tatsächlich verarbeitet. Sämtliche andern Parteien in unserem Land haben sich vor diesem Spannungsverhältnis mehr oder weniger abgeschirmt. Und wenn es intern dennoch bestand, wurde es ziemlich autoritär und unter Ausschluss der Öffentlichkeit aus der Welt geschafft!

Die zweitgenannten neuen Wertesysteme der Jüngeren haben ihren politischen Ausdruck ausserhalb der Parteien, vor allem in der Ökologie- und Alternativbewegung, in den Bürgerinitiativen gefunden. Alle diese Bewegungen zusammen erscheinen unübersichtlich und verwirrend, aber sie sind historisch bedeutsam: «Die Ökologiebewegung ist eine der Arbeiterbe-

wegung vergleichbare Jahrhundertbewegung, aber aufgrund der heute völlig veränderten Klassenverhältnisse äussert sie sich in sehr vielgestaltiger pluralistischer und nicht gerade sehr zusammenhängender Weise», schreibt Joseph Huber in einer hilfreichen und brillanten Schrift («Wer soll das alles ändern», Rotbuch-Verlag 1980).

Parteischädigende Fehleinschätzung

Ich habe schon Genossen, Regierungsmitglieder, klagen gehört, die Partei sei nicht mehr übersichtlich, sie sei chaotisch und werde von Einzelgruppen beherrscht. Das stimmt zum Teil, das liegt in der Natur dieses neuen Politikverständnisses. Die themenorientierte Aufsplitterung bringt eben gerade diese schillernde Vielfalt und diese Uneinheitlichkeit in die Partei, und das macht vielen älteren Genossen verständlicher Weise Mühe.

Diese ausserparlamentarischen Bewegungen sind insgesamt, ich wiederhole Joseph Hubers Behauptung, historisch ebenso bedeutsam wie die Arbeiterbewegung. Wer sie aus Verständnislosigkeit einfach als Anarcho- oder Spontibewegung abtut und deren historische Bedeutung auch für die Sozialdemokratie in Zweifel zieht, begeht eine schon fast parteischädigende Fehleinschätzung! Die Gewerkschaften haben den Anschluss an diese neuen Bewegungen bisher verpasst. Die Öffnung in die neuen Angestelltenschichten, in die Gruppen der «Jobbers», der lohnabhängigen Intellektuellen und progressiven Kader ist ihnen nicht gelungen (begrenzte Ausnahme: VPOD). In einem einzigen Jahrzehnt ist der Anteil der

Beschäftigten im Sekundärsektor, also der Industriebeschäftigten, von 48% auf knapp unter 40% gesunken, abgesehen von der fortschreitenden Tertiärisierung innerhalb des Industriesektors. Mit andern Worten: Die traditionelle Basis der Gewerkschaften bröckelt ab! Dieser «Abschied vom Proletariat» (André Gorz) könnte der Gewerkschaftsbewegung schon bald grosse Probleme aufgeben. Ein Signal liefert der Mitgliederrückgang des SMUV um fast 4000 allein in einem einzigen Jahr. Konfliktarmut und Ruhe in diesem Teil der Arbeiterbewegung sind auch trügerisch; sie könnten zu lange Zeit Strukturschwächen verdecken.

Aufstiegsleiter oder Bewegung?

Der dritte Hintergrund unserer Parteizwiste liegt zweifellos im unterschiedlichen Verständnis von «Partei» überhaupt. Auf der einen Seite wird man den Verdacht nicht los, dass die Partei vor allem als Karriereleiter betrachtet wird, in die «man unten links einsteigt und oben rechts aussteigt» (Otto F. Walter). Also eine PPP-Partei: Posten, Personen, Politikkarrieren. Und bei einem solchen Parteiverständnis dient die Mitgliedschaft nur dann etwas, wenn man sie als Wahlkampftruppe ins Gefecht schicken kann...

Auf der andern Seite will man bei den Jüngeren die Partei als Bewegung verstehen, vielleicht zu sehr als politisches Über-Ich. Man möchte die SP gewissermassen als Bürgerinitiative sehen, wohl vergessend, dass man sich beim Eintritt in die Sozialdemokratie für die Arbeiterbewegung mit ihren vielen Traditionen und ihrem vielleicht mühsamen,

aber breiten Spektrum entschieden hat. Jedenfalls ist man in dieser Generation nicht mehr bereit und gewohnt, präsidiale, paternalistische Führungsmuster anzuerkennen, und wenn solche trotzdem noch vorkommen, ist der Krach auch vorprogrammiert.

Vorläufige Feststellungen

Alle bisherigen Erklärungsversuche deuten daraufhin, dass der Abbau der derzeitigen Polarisierungen in der SP kein kurzfristiges Unternehmen sein kann. Der Integrationsprozess erfordert viel Aufwand und Geduld; aber es gibt dafür keine Alternative! Wir sind zum Konflikt durchstehen und zur Integration der verschiedenen Strömungen verurteilt. Wir haben keine andere Wahl, denn jeder billige Weg von Parteiausschlüssen oder Spaltungen würde ja nur das Bürgertum stärken, das heisst zum Beispiel:

- Legalistische Sanktionen mittels Schiedsgerichten und Berufung auf die Statuten allein haben keinen Sinn. Mit ihnen schafft man die Ursachen der Polarisierung nicht aus der Welt.
- Parteiausschlüsse kommen meines Erachtens überhaupt nicht in Frage. Wie ich die Organe der SPS einschätze, würden sie heute keinen politischen Parteiausschluss gegen links oder gegen rechts sanktionieren (mit Ausnahme vielleicht von Ausschlüssen wegen Korruption oder ähnlichem).
- Die Aufkündigung von örtlichen Wahlbündnissen zwischen SP und Gewerkschaften ist ebenso auszuschliessen, denn die «Rumpfpartei» würde für

sich an Kraft und Legitimation verlieren, und die Gewerkschaften würden ihrerseits politisch in die Impotenz gestossen. (Dass Gewerkschafter und Verbandsfunktionäre bei den Nationalratswahlen jeweils trotz intensivster Personenwerbung grösste Mühe haben, auch nur auf die mittleren Plätze vorzustossen, ist ja kein Geheimnis!)

- Die Konflikte sollen wenn möglich in den ordentlichen Gremien (Geschäftsleitungen, Vorständen, Delegierten- und Sektionsversammlungen) ausgetragen werden. Sobald wichtige Entscheide ausserhalb der

statutarischen Organe gefällt werden, halten die einen oder anderen Gruppierungen den Kampf um Einsitz in diese Organe nicht mehr für lohnend; die Organe werden abgewertet und die interne Demokratie leidet Schaden.

- Die parteiinternen Aussprachen, Bildungs- und Schulungsveranstaltungen könnten längerfristig eine integrierende Funktion haben, weil nämlich die Vermittlung und Erarbeitung sozialdemokratischen Gedankenguts im entscheidenden Raum von Bildungsveranstaltungen besser möglich ist, als unter dem

Druck politischer Tagesentscheide. In Bildungsveranstaltungen können auch jene Gruppierungen der Partei, die sich heute untervertreten fühlen, wieder ein Forum und damit mehr Befriedigung erhalten. Das sind aber Investitionen, die nur langfristig wirken.

Alles in allem: Wir sind dazu verurteilt, mit diesem Spannungsverhältnis ohne billige Lösungen (Ausschlüsse, Legalismus, Bündnisauflösung) umzugehen. Wir sind zu diesem Integrationsprozess verurteilt; diese Haltung ist keine Führungsschwäche, sondern erfordert wohl die momentan höchste politische Kunst.

Urs Engler

Farbe bekennen!

In Basel hat sich die «Aktionsgemeinschaft Sozialdemokraten und Gewerkschafter» (ASG) konstituiert. Zentrale Figuren sind die beiden Altregierungsräte Max Wullschleger und Franz Hauser. Ein weiterer Exponent ist der Basler Zivilgerichtspräsident Urs Engler, der hier für die Basler Gruppierung das Wort ergreift.

In Zürich und Basel haben sich lose Gruppen von gemässigten Sozialdemokraten öffentlich kritisch mit dem Kurs der SP auseinandergesetzt. Der Brand schwelt aber – darüber täusche man sich nicht – auch anderswo! Eine «Achse Basel-Zürich» gibt es nicht. Niemand will sich mit den spezifischen Hypothesen des andern unnötig belasten. Das offene und konstruktive Gespräch wird allerdings auch hier gesucht und gepflegt.

«Offiziell» begegnet man den erwähnten Erscheinungen mit grosser Unsicherheit. Vom warmen Verständnis, das man der «Groupe d'Yverdon» vom andern

Ende des Spektrums entgegenbringt, ist jedenfalls wenig zu spüren. Man weist vielmehr bagatellisierend darauf hin, dass es Flügelkämpfe eben immer gegeben habe; man versucht, die Phänomene totzuschweigen, oder man glaubt gar, sie mit dem Hinweis auf Statuten und Namensrecht «kriminalisieren» zu können. Die erwähnten Erscheinungen können gewiss als Provokation empfunden werden. Man sollte diese Provokation aber mit etwas mehr Einsichtsbereitschaft entgegennehmen.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich in den letzten Jahrzehnten klar zu einem grundsätzlich positiven Ver-

hältnis zu unserem Staat und seinen Institutionen durchgerechnet. Sie war bereit, Verantwortung zu übernehmen, und hat die Politik der Nachkriegszeit entscheidend beeinflusst. Dieses «Ja» zum Staate ist zu einem Grundpfeiler sozialdemokratischer Politik geworden.

In den sechziger Jahren haben allgemein nur sehr wenige junge Leute den Weg in die politischen Parteien gefunden. Noch heute fehlt so auch der SP praktisch eine Generation. Unserer Partei ist es dann aber nach 1968 gelungen, mehr junge Neumitglieder als andere traditionelle Parteien zu gewinnen. Es war jedoch offensichtlich viel zu wenig möglich, eine tragfähige Verbindung zwischen traditionellen sozialdemokratischen Vorstellungen über die praktische Politik und den drängenden Ideen der jungen Genossen zu schaffen, die Gesellschaft und Staat oft distanzierter gegenüberstanden. Wo Widerstand spürbar wurde, vermochte er sich nur unzureichend argumentativ zu äussern. Was jahrelang völlig